

sten Beschäftigungszuwächse zu erwarten sind, und andererseits andere Aspekte betreffend industrierelevante Standortfragen bzw. darüber hinausgehende Maßnahmen der Wirtschaftspolitik bereits in anderen Studien („Wirtschaftsstandort Österreich“; Sozialpartner-Übereinkommen „Maßnahmen für eine beschäftigungspolitische Offensive“) behandelt wurden.

2.3.1. *Beschäftigungspotentiale bei wirtschaftsnahen Dienstleistungen*

Der Sektor der wirtschaftsnahen Dienstleistungsanbieter birgt ein besonderes Wachstumspotential hinsichtlich Wertschöpfung und Beschäftigung. Schätzungen zeigen einen etwa zehnpromzentigen Zuwachs bei Beschäftigung und Output sowohl in den achtziger Jahren als auch in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts. Nur ein geringer Teil des Beschäftigungszuwachses ist dabei auf Auslagerungen von Dienstleistungen aus Industrieunternehmen zurückzuführen (IWI-Studie „Industrienahe Dienstleistungen“, 1996)

Allerdings kann das Potential wirtschaftsnaher Dienstleistungen nur genutzt werden, wenn die Nachfrage auch kompetent befriedigt werden kann. Österreich hätte sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig ein hohes Potential in diesem Sektor.

Der Beirat sieht neben der geringen Betriebsgröße, mangelnder Kooperation und geringer Internationalisierung insbesondere wettbewerbsbeschränkende Regelungen, die dem Ausschöpfen des gegebenen Potentials dieses Sektors entgegen stehen und empfiehlt daher, folgende Maßnahmen zu überdenken:

- Liberalisierung des Berufszuganges;
- Aufbruch der wettbewerbsfeindlichen Honorarordnungen bei Rechtsanwälten und Zivilingenieuren;
- Aufhebung des Werbe- (Wirtschaftsanwälte), Assoziations- (zwischen Zivilingenieuren, Wirtschaftsanwälten und Wirtschaftstreuhandern) und Zusammenarbeitsverbots von Selbständigen (freie Berufe) mit Gewerbetreibenden in gewerblichen Unternehmen;
- Aufhebung des Verbots zur Gründung von Kapitalgesellschaften bei Wirtschaftsanwälten.
- Darüber hinaus sind immaterielle Investitionen (z. B. Engeneering, Consulting) in den Förderprogrammen zu berücksichtigen

2.3.2. *Beschäftigungswirkungen neuer Kommunikationstechnologien*

Eine hochleistungsfähige Telekommunikations-Infrastruktur und die Förderung der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten moderner Kommunikationstechnologien in allen Wirtschaftsbereichen wird ein wesentlicher Faktor für eine positive Beschäftigungsentwicklung sein, wenngleich die ehrgeizigen quantitativen Ziele des Berichts der Europäischen Kommission auch unter günstigsten Voraussetzungen nicht ganz erreicht werden dürften.

Zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Unterstützung eines möglichst beschäftigungsförderlichen Einsatzes neuer Kommunikationstechnologien gehören neben der grundlegenden Voraussetzung der Postreform:

- Rahmenbedingungen zur Schaffung einer flächendeckenden kommunikationstechnischen Infrastruktur: Liberalisierung des Telekom-Marktes (Wegfall des Leitungsmonopols mit 1.1. 1998), Klärung der Frage der Regulierungsbehörde als Voraussetzung für Investitionssicherheit, Ausbau der Netze, Absenkung der Leitungskosten auf internationales Niveau
- Spezifische Übergangshilfen als Hilfestellung für kurzfristig auftretende Beschäftigungsprobleme in den bisher geschützten Bereichen, ähnlich wie etwa im Bereich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie („AUFLEB“).
- Förderung eines beständigen Innovationsklimas zur Entwicklung und Anwendung neuer kommunikationstechnischer Produkte und Dienste: Umsetzung der Technologie-Offensive, adäquater Einsatz der Mittel der „Technologie-Milliarden“, Senkung von Innovationsrisiken
- Sicherstellung der Rechtssicherheit für Anbieter und Nachfrager: Um Hemmnisse für bereits umsetzbare Anwendungen und Dienste zu beseitigen und die Grundlage für zukünftige Angebote zu schaffen, ist ein Höchstmaß an Transparenz und Planungssicherheit erforderlich. Ebenso bestehen Anpassungserfordernisse bezüglich Daten- und Verbraucherschutz. Auch Fragen des Urheberrechts bedürfen eines international abgestimmten Vorgehens.
- Maßnahmen zur entsprechenden Humankapitalausbildung, insbesondere Vermittlung entsprechender Qualifikationen zur Anwendung neuer Kommunikationstechnologien in Aus- und Weiterbildung (siehe dazu unter „Qualifikation“)
- Rahmenbedingungen zur sozialen Sicherung als notwendiges stabilitätsförderndes Komplement zu wachsenden Flexibilitätsanforderungen.

2.3.3. *Beschäftigungspotentiale bei persönlichen Dienstleistungen*

Aufgrund verschiedener Faktoren ist zu erwarten, daß es zu einer verstärkten Nachfrage nach Freizeitangeboten und persönlichen Dienstleistungen kommt, wobei zwei Kategorien zu unterscheiden sind: soziale Dienstleistungen (Gesundheit & Pflege) und haushaltsbezogene Dienstleistungen (inkl. Kinderbetreuung). Das diesbezügliche Beschäftigungspotential ist unbestritten.

Grundproblem ist jedoch, daß das Potential für Produktivitätssteigerungen bei persönlichen Dienstleistungen geringer ist als in anderen Wirtschaftsbereichen. Erhöhungen der Arbeitskosten führen somit eher als im produzierenden Sektor zu Preissteigerungen bzw. zu einem erhöhten Subventionsbedarf bei personenbezogenen Dienstleistungen.